

Wien, im Juli 2005

## **Gemeinsame Erklärung zu den WTO Agrarverhandlungen**

Nichtregierungsorganisationen des Umwelt- und Entwicklungsbereiches, kirchliche Organisationen und die Interessenvertretung der österreichischen Bauern lehnen geschlossen und ganz entschieden das Konzept der in den laufenden WTO-Verhandlungen vorgeschlagenen Liberalisierung des Welthandels im Bereich der Landwirtschaft ab. Die geplanten Schritte brächten nicht die versprochene Verbesserung für die Menschen in den Entwicklungsländern, sondern wären ein weiterer Schritt zur Zerstörung menschlicher und natürlicher Lebensgrundlagen in den Entwicklungsländern und würden die durch soziale und ökologische Mindeststandards geprägte europäische Landwirtschaft einem verstärkten Wettbewerbsdruck aussetzen.

Die unterzeichnenden Organisationen bekennen sich gemeinsam zu der Notwendigkeit zu Reformen im Welthandel für landwirtschaftliche Produkte. Aus Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit sollen aber die richtigen Schlüsse gezogen werden. Ein gerechter globaler Agrarhandel kann ohne faire Spielregeln, wie Schutz der Ernährungssouveränität und soziale und ökologische Mindeststandards in der landwirtschaftlichen Produktion nicht funktionieren! Die geplante Umsetzung der schrankenlosen Liberalisierung würde wenig Positives bewirken, weder in den Entwicklungsländern, noch in Österreich. Positive Auswirkungen gäbe es nur für die industrialisierte Landwirtschaft, vor allem in jenen Ländern, wo deren Großgrundbesitzer durch schrankenlose Ausbeutung von Menschen und der Zerstörung von natürlichen Ressourcen (u.a. Regenwald) zu den Gewinnern der Liberalisierung zählen würden.

### **Hintergrund:**

900 Millionen der insgesamt 1,2 Milliarden Menschen, die weltweit weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung haben, leben in ländlichen Gebieten.<sup>1</sup> In Afrika leben mehr als 70% der Armen auf dem Land und verrichten Tätigkeiten in der Landwirtschaft. Ländliche Entwicklungschancen sind somit der Schlüssel zum Kampf gegen Armut und spielen eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Millenniumsziele - MDGs.

Die Krise der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern besteht darin, dass die meisten armen Bauern<sup>2</sup> auf dem Lande in der Regel nicht imstande sind, sich auf dem Markt zu behaupten. Bauern sind auf funktionierende lokale Märkte und effiziente, der Entwicklung auf dem Lande förderliche, heimische Programme angewiesen. Versagt man Entwicklungsländern ihren „Grenzschutz“ und damit die Möglichkeit zur Umsetzung armutsorientierter Agrarpolitik, werden diese Programme scheitern oder ihre Auswirkungen zumindest drastisch beschränkt. Von einer exportorientierten Agrarpolitik zur Devisenbeschaffung für den Schuldendienst profitieren Kleinbauernfamilien so gut wie gar nicht.

---

<sup>1</sup> IFAD, Achieving the MDGs by Enabling the Rural Poor to Overcome their Poverty, Rom 2003

<sup>2</sup> Unter dem Begriff Bauern sind insbesondere auch die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Österreich und den Entwicklungsländern gemeint.

Handelspolitiken, die sich über die Interessen der ärmsten und schutzbedürftigsten Bauern der Welt hinwegsetzen, untergraben die Bemühungen nach einem gerechten globalen Agrarhandel. Die von den internationalen Institutionen befürworteten Reformen, die gemeinhin Voraussetzung für Kredite und Schuldenreduktion sind, richten sich gleich bleibend auf die Marktöffnung und drängen den Staat in eine Zuschauerrolle. Zunehmend erweist sich, dass dies die Chancen für landwirtschaftliches Wachstum in vielen Ländern des Südens, besonders in Afrika, gemindert hat.<sup>3</sup>

Seit zwei Jahrzehnten stehen die ärmsten Länder unter anhaltendem Druck, ihre Zollbarrieren für Agrarprodukte abzubauen. Die Liberalisierung hat häufig in atemberaubenden Tempo und Umfang stattgefunden und wurde offensichtlich eher durch wirtschaftliche Dogmen, als durchdachte Analysen ihrer wahrscheinlichen Folgen für die Armen vorangetrieben. Länder wie Mosambik und Sambia beispielsweise haben heute offenere Wirtschaften als Großbritannien und Deutschland.<sup>4</sup> Die Folge ist eine Flut von Importen billiger, in der Regel subventionierter Produkte. Die Bauern beraubte man damit der Möglichkeit, ihre Produkte auf heimischen Märkten abzusetzen.

Die FAO bezeichnet dieses Phänomen als „fortschreitende Verarmung von Bauern, die beim besten Willen nicht mit modernen kapitalistischen Betrieben in einer zunehmend offenen Weltwirtschaft werden konkurrieren können.“<sup>5</sup> 16 Länderfallstudien der FAO zur Untersuchung der Auswirkungen der WTO-Vereinbarungen zur Landwirtschaft belegen einen drastischen Anstieg von Nahrungsimporten infolge der Liberalisierung. Danach waren die „Zölle oftmals das primäre, wenn nicht gar das einzige Handelsinstrument, das diesen Ländern zur Stabilisierung der heimischen Märkte und Sicherung der Interessen der Bauern zur Verfügung stand“.<sup>6</sup>

Der Vorwurf, dass viele reiche Länder ihren Verpflichtungen zum Abbau der landwirtschaftlichen Subventionen in der Vergangenheit nicht bzw. nur zögerlich nachkommen wollten, ist sicherlich nicht unberechtigt. Beim Abbau der handelsverzerrenden Stützung und Exportsubventionen hat die EU mit den Reformen 2000 und 2003 Vorleistungen erbracht. Auch ist es erforderlich, dass der nunmehrigen Vorgabe des parallelen Abbaus aller Exportförderungsinstrumente nachgekommen wird. Weiters sind alle Industriestaaten aufgefordert dem Beispiel der EU zu folgen und den Entwicklungsländern, insbesondere den LDC (Least developed countries) präferenzielle Handelsabkommen anzubieten. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass derartige Abkommen durch Dreieckshandel nicht missbraucht werden und so die erhoffte Wirkung zu verfehlen.

Die laufenden landwirtschaftlichen Handelsgespräche begünstigen weiterhin die Agrarindustrie, die großen Handelsketten und Großhändler. Bäuerliche Familienbetriebe, Landlose, LandarbeiterInnen, VerbraucherInnen geraten so in ein immer stärker werdendes Abhängigkeitsverhältnis. Von einer offenen Diskussion, transparenter Verhandlungsführung und echter Partizipation der wirklich betroffenen Menschen aus den Entwicklungsländern, sowie der Einbindung der europäischen Zivilgesellschaft ist man noch weit entfernt.

Weltweit müssen Bauern und Bäuerinnen von ihrem Grund und Boden weichen, da sie von der Landwirtschaft nicht mehr leben können. In den Entwicklungsländern werden Menschen aus ländlichen Gebieten auf Grund der gegenwärtigen Handelspolitik zu Flüchtlingen, die in die Städte strömen, ohne dort Arbeit oder Wohnmöglichkeiten zu finden.

---

<sup>3</sup> Dorward, A. et al. „A Policy Agenda for Pro-Poor Agricultural Growth“, World Development 2004

<sup>4</sup> Trade Restrictiveness Index des IWF auf der CD „International Financial Statistics“, Rom 1999

<sup>5</sup> FAO, The State of Food and Agriculture, Rom 2000

<sup>6</sup> FAO, Agriculture. Country Case Studies, Rom 2000

Solange Agrarabkommen keine bindenden Verpflichtungen enthalten, grundlegende Ziele zu verwirklichen, wie das Menschenrecht auf Nahrung, die Schaffung und Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards und die Errichtung eines beständigen landwirtschaftlichen Sektors als Fundament einer zukunftsfähigen Entwicklung, solange vergrößert sich die Misere in den Entwicklungsländern, als dass sie einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklungschance für diese Länder leisten.

In Österreich würde den Landwirten durch eine schrankenlose Liberalisierung ohne soziale und ökologische Spielregeln die Lebensgrundlage entzogen. Die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft sind heute umfassender und schließen unter dem Begriff Multifunktionalität umweltkonformer Produktionsmethoden und die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes mit ein. Multifunktionalität erfordert in einem liberalisierten Agrarsystem eine leistungsgerechte Abgeltung, weil marktbezogene Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht einfließen. Die Beachtung der Grenzen des Wachstums und die damit verbundenen akuten Gefährdungspotenziale verlangen eine Politik der Nachhaltigkeit. Die negativen Folgen der weltweiten Globalisierung unter ungleichen Rahmenbedingungen haben zu einer neuen verstärkten Wertschätzung der kleinen und überschaubaren Systeme geführt. Regionale Kreisläufe in den ländlichen Regionen bei fairen globalen Wettbewerbsbedingungen müssen daher in der zukünftigen Entwicklung ein wesentliches Strategieelement sein, um nachhaltige Effekte für die ländlichen Räume erbringen.

Mit der Zerstörung der landwirtschaftlichen Lebensgrundlage würden tausende Arbeitsplätze in der nach gelagerten Wertschöpfungskette verloren gehen und die Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft in Österreich, die heute noch eine Selbstverständlichkeit ist, langsam vertrocknen.

Die unterzeichnenden Organisationen bekennen sich daher gemeinsam zu den folgenden

## **Forderungen für einen gerechten globalen Agrarhandel**

### **1. Schutz der Ernährungssouveränität**

Die unterzeichnenden Organisationen fordern eine Orientierung der Agrarpolitiken am Modell der „Ernährungssouveränität“ und die bäuerliche Produktion von Grundnahrungsmitteln vorrangig für den regionalen Markt statt für den Weltmarkt. Ernährungssouveränität meint die Fähigkeit der Menschen sich und ihre Angehörigen mit ausreichender und kulturell angepasster Nahrung zu versorgen, die aus eigener Erzeugung oder aus Importen oder aus einer Mischung beider Quellen stammt. Um dies wenigstens ansatzweise zu gewährleisten, haben Entwicklungsländer vorgeschlagen, ihre Landwirtschaft durch die Kennzeichnung „besondere Produkte“ (so genannte special products) zu schützen. Dabei handelt es sich um Produkte, die für die Ernährungssouveränität des Landes von besonderer Bedeutung sind. Ebenso sollte ein besonderer Schutzmechanismus (der so genannte special safeguard mechanism) geschaffen werden, der ein schnell reagierendes und wirksames System zum Schutz der Agrarmärkte vor Importerhöhungen bilden würde. Natürlich können alle diese Vorschläge allein nicht die Ernährungssouveränität garantieren, dennoch bilden sie einen wichtigen Schutz vor Importen, die die Produktionskapazitäten im Inland unterminieren.

### **2. Verbot des Dumping**

Die derzeit gültigen WTO-Bestimmungen versuchen Dumping zu verhindern, indem sie den Ländern gestatten, Importe zu besteuern, die unter dem im Ursprungsland liegenden Preis verkauft werden (so genannte Dumpingzölle). Diese Steuer ist aber unzureichend und besonders für Entwicklungsländer sehr schwierig anzuwenden. Die weit verbreitete und chronische Überschussproduktion vieler Güter hat zu deren Preisverfall geführt und Dumping zu einer üblichen Strategie gemacht. Die Ursachen für Dumping sollen klar erfasst, Dumping muss progressiv abgebaut werden.

Um den Export von Produkten unter den Gestehungskosten zu verhindern, müssen alle Formen der Exportförderung gleichwertig Gegenstand der Verhandlungen sein. Nur so kann man dem Ziel einer substanziellen Reduzierung sowie eines längerfristig vollständigen Abbaus näher kommen. In der Übergangszeit müssen Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, ihre Agrarmärkte gegen subventionierte Exporte zu schützen.

### **3. Beseitigung realer Handelsverzerrungen**

Das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade<sup>7</sup>) von 1947 gestattete es den Ländern, landwirtschaftliche Produkte mit Zoll zu belegen, wenn sie diese selbst erzeugten. Es durften aber keine Überschüsse exportiert werden. Diese Bestimmung müsste wieder eingeführt werden. Man sollte nicht mehr nationale Stützungsprogramme nach ihren Kosten beurteilen, die Unterhändler sollten vielmehr die handelsverzerrenden Auswirkungen solcher Programme eindämmen. Aber genau das scheint die Ansicht des derzeit gültigen Agrarabkommens zu sein. Jedes Land hat das Recht, selbst zu entscheiden, welche eigene landwirtschaftliche Produktion aufrecht erhalten und was importiert werden soll, solange die jeweilige nationale Politik andere Länder nicht daran hindert, dasselbe zu tun.

### **4. Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards**

Handelspolitische Reformen – auch im Bereich der Landwirtschaft – bewirken wenig, wenn sie nicht mit Mechanismen und Kriterien verknüpft werden, die auf eine Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen in den betroffenen ländlichen Gebieten abzielen. Die Freihandelsideologie der WTO und die damit verbundene Exportorientierung im Agrarbereich haben oft verheerende Folgen für die Bauernfamilien, Landarbeiter und die Umwelt in den Entwicklungsländern. Handelspolitische Anreize sollten nur gegenüber Staaten gesetzt werden, die ein Mindestmaß an ökologischen und sozialen Normen garantieren. Eine globale Liberalisierung der Landwirtschaft ohne soziales Maß löst keine Probleme, sondern verschärft nur Gegensätze. Die internationalen Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltabkommen müssen gegenüber Handelsabkommen aufgewertet werden, sonst profitieren in erster Linie die multinationalen Konzerne, aber nicht die breite Bevölkerungsschicht. Zum Aufbau von Mindeststandards im Sozial- und Umweltbereich braucht es Know-how-Transfer und finanzielle Unterstützung von Seiten der Industrieländer. Eine der weltweit vorbildlichen und erfolgreichen Referenzen dafür ist der Faire Handel. Im Jahre 2004 wurde weltweit bereits ein Umsatzvolumen von etwa 1 Mrd. € im Handel von landwirtschaftlichen Produkten wie etwa Kaffee, Bananen mit dem Fairtrade-Gütesiegel erreicht. Fairtrade ist ein weltweit tätiges unabhängiges Zertifizierungssystem, das die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards kontrolliert und durch faire Preise und die Bezahlung von Prämien die soziale Entwicklung in den Entwicklungsländern fördert. Mehrere Millionen Menschen vorwiegend in bäuerlichen Strukturen konnten dadurch ihre sozialen und ökologischen Lebensbedingungen nachhaltig verbessern.

---

<sup>7</sup> GATT ist das Regelwerk, das zur Gründung der WTO führte.

## **5. Stärkung der demokratischen Strukturen in den Entwicklungsländern**

Handelspolitische Reformen müssen Anreize schaffen, demokratische Strukturen in den Entwicklungsländern zu stärken und Korruption zu bekämpfen. Insbesondere die Schaffung von demokratisch legitimierten Interessenvertretungen ist wesentlich, um den Bauern Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen. Der Aufbau von landwirtschaftlichen Organisationen (Stichwort capacity building) muss gezielt gefördert werden, um eine für die Bevölkerung vielfach nachteilige einseitige Exportorientierung zu verhindern.

## **6. Neue Subventionskriterien**

Wir fordern gerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte, die über den Produktionskosten liegen und den bäuerlichen Familien ein ausreichendes Einkommen sichern, sowie eine umweltverträgliche Produktion ermöglichen. Subventionen und Direktzahlungen werden weiterhin notwendig sein, sollen aber in Zukunft ausschließlich einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Ausrichtung der Agrarproduktion dienen. Weiters sollen als Basis einer Neuorientierung der Agrar- und Förderpolitik Überlegungen über eine Staffelung und Obergrenzen bei Direktzahlungen im Sinne der Anwendung des Prinzips der ökologischen und sozialen Kostenwahrheit angestellt werden.

## **7. Demokratisierung des Verhandlungsprozesses**

Aus schlechten Verhandlungen können kaum gute Abkommen hervorgehen. Während die USA und einige weitere WTO-Mitgliedsstaaten sich gegenseitig zu den kürzlich stattgefundenen Konferenzen in Genf beglückwünschten, auf denen ein Rahmenabkommen auf Grundlage der Doha-Runde der Handelsgespräche beschlossen wurde, waren mindestens 119 der 148 WTO-Mitgliedsstaaten meist von den Verhandlungen ausgeschlossen. Viele äußerten sich frustriert über den „informellen“, nicht dokumentierten und nicht nachvollziehbaren Verhandlungsprozess. Die Verhandlungen setzten die traditionelle Vorgangsweise fort, dass nur einige wenige Länder zu einem Übereinkommen gelangten, dann aber dem gesamten Leitungsgremium nur kurze Zeit (in diesem Fall weniger als 24 Stunden) gegeben wurde, dieser Übereinkunft zuzustimmen. Die WTO braucht klare Regeln für die offiziellen Verhandlungen, um die effektive Teilnahme aller 148 Mitglieder zu garantieren und um Transparenz zu gewährleisten.

Die WTO ist jetzt über 10 Jahre alt. Eine objektive Evaluierung ist überfällig, um festzustellen, ob ihre Maßnahmenpakete in erster Linie den Menschen und einer zukunftsfähigen Entwicklung gedient haben, oder ob damit nur die grenzüberschreitenden Handelsstatistiken aufgewertet wurden. Europa muss seine Verantwortung für den Gestaltungsprozess des Agrarhandels stärker wahrnehmen und seinen Einfluss/Mitspracherecht wieder stärker nützen. Insbesondere müssen sich die Verhandlungsführer der EU für die Multifunktionalität zur Wahrung der Nachhaltigkeit einsetzen. Österreich kann mit Stolz auf ein ökosoziales Landwirtschaftsmodell verweisen, das in vielen Bereichen vorbildlich ist. Jede Reform muss auch im Blickwinkel der Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Wirtschaft in den Entwicklungsländern und in den entwickelten Ländern betrachtet werden. Dabei muss auch die finanzielle Abgeltung der Leistungen einer multifunktionalen Landwirtschaft mit Anreizkomponenten möglich bleiben. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Liberalisierung ist notwendig.

Es ist höchste Zeit, eine Politik zu entwerfen, mit deren Hilfe alle Arten von Marktverzerrung eingedämmt werden und der Erfolg daran gemessen wird, ob die auf internationaler Ebene ausgemachten Entwicklungsziele erreicht wurden. Aus diesem Grund

sprechen sich die unterzeichnenden Organisationen gegen eine weitere Liberalisierung der Landwirtschaft innerhalb der WTO aus. Ein derartiges Abkommen wäre wirklich als historisch anzusehen.

---

*AGEZ-Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit  
Dachverband von 30 entwicklungspolitischen NGOs  
1090 Wien, Berggasse 7  
Tel/Fax: 01/317 40 16; Mail: [office@agez.at](mailto:office@agez.at); Homepage: [www.agez.at](http://www.agez.at)*

---

*Bauernbund Österreich  
1040 Wien, Brucknerstraße 6/3  
Tel.: 01/ 505 81 73; Fax: 01/505 81 73-65; Mail: [bauernbund@bauernbund.at](mailto:bauernbund@bauernbund.at);  
Homepage: [www.bauernbund.at](http://www.bauernbund.at)*

---

*KOO-Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale  
Entwicklung und Mission (KOO)  
Facheinrichtung der Österreichischen Bischofskonferenz,  
der 24 Mitgliedsorganisationen, sowie der männlichen und weiblichen Missionsorden  
1090 Wien, Türkenstraße 3/3  
Tel: 01/317 03 21; Fax: 01/317 03 21-85; Mail: [info@koo.at](mailto:info@koo.at); Homepage: [www.koo.at](http://www.koo.at)*

---

*Landwirtschaftskammer Österreich  
1014 Wien, Schauflergasse 6  
Tel: 01/53441; Fax:01/53441-8500; Mail: [office@lk-oe.at](mailto:office@lk-oe.at); Homepage [www.lk-oe.at](http://www.lk-oe.at)*